



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

12/2019

Inhalt

Verfahren

VG Berlin: Eine durch den Postzusteller unzureichend ausgefüllte Postzustellungsurkunde führt zur aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Abschiebungsandrohung	2
Aus der Anhörung: Weibliche Genitalbeschneidung (FGM) in kurdischen Gebieten	3

Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	4
------------------------	---

Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde: Schweiz - Staatssekretariat für Migration (SEM)	7
---	---

Was sonst?/Literatur

IZ Asyl und Migration weist hin auf	8
-------------------------------------	---

In eigener Sache

„Neues Layout für den Entscheiderbrief“	8
---	---

VG Berlin: Eine durch den Postzusteller unzureichend ausgefüllte Postzustellungsurkunde führt zur aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Abschiebungsanordnung

In einem „Dublinverfahren“ hatte das Bundesamt mit einem Bescheid die Abschiebung nach Litauen angeordnet. Die zuständige litauische Behörde erklärte mit Schreiben vom 18.12.2018 die Zuständigkeit Litauens für das Asylverfahren nach der Dublin-III-VO. Der Eilantrag nach § 80 Abs.

5 VwGO gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Abschiebungsanordnung war beim VG Berlin erfolgreich.¹ Aus den Gründen:

„Nach § 10 Abs. 4 Satz 1 AsylG hat eine Aufnahmeeinrichtung Zustellungen und formlose Mitteilungen an die Ausländer, die nach Maßgabe des Absatzes 2 Zustellungen und formlose Mitteilungen unter der Anschrift der Aufnahmeeinrichtung gegen sich gelten lassen müssen, vorzunehmen. § 10 Abs. 2 AsylG bestimmt, dass der Ausländer Zustellungen und formlose Mitteilungen unter der letzten Anschrift, die der jeweiligen Stelle auf Grund seines Asylantrages oder seiner Mitteilung bekannt ist, gegen sich gelten lassen muss, wenn er für das Verfahren weder einen Bevollmächtigten bestellt noch einen Empfangsberechtigten benannt hat oder an diesen nicht zugestellt werden kann.

Vorliegend musste die Antragstellerin Zustellungen des Bundesamtes unter der Anschrift ... grundsätzlich gegen sich gelten lassen, da diese dem Bundesamt als letzte bekannte Anschrift vorlag. Die Antragstellerin war dort auch tatsächlich wohnhaft. Damit war die Aufnahmeeinrichtung verpflichtet, die Zustellung des Bescheides vom 20. Dezember 2018 anzunehmen und der Antragstellerin auszuhändigen. Dies setzt aber voraus, dass tatsächlich eine Zustellung bzw. Übergabe an die Aufnahmeeinrichtung erfolgt ist. Dies ist entgegen der Angabe des namentlich unbekannten Zustellers auf der Zustellungsurkunde, der Adressat sei unter der angegebenen Anschrift nicht zu ermitteln, jedoch nicht der Fall. Der Zustellungsurkunde kommt dabei nicht die Beweiskraft nach § 418 i.V.m. § 182 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung – ZPO – zu, wonach für die Zustellungsurkunde gilt, dass sie den vollen Beweis der darin bezeugten Tatsachen begründet. Die vorliegende Zustellungsurkunde ist nämlich keine Zustellungsurkunde im Rechtssinne. Sie erfüllt nicht die Voraussetzungen des § 182 Abs. 2 ZPO. Danach muss die Zustellungsurkunde u. a. Name, Vorname und Unterschrift des Zustellers enthalten (Nr. 8). Dies sind gemäß dem Wortlaut der Norm zwingende Voraussetzungen. Hieran mangelt es. Weder weist die Zustellungsurkunde den Namen oder Vornamen des Zustellers aus, noch handelt es sich bei der geschwungenen Linie – allenfalls eine Paraphe – um die erforderliche Unterschrift im Sinne der Vorschrift (vgl. Häublein in: Münchener Kommentar zur ZPO, 5. Auflage 2016, § 182 R. 13). Der Einzelrichter betrachtet den Beweis- und Indizwert der vorliegenden Urkunde bei freier Würdigung als

¹ VG Berlin, Beschluss vom 17.09.2019 – VG 35 L 284.19 A - <7628156>, MfLo.

gering. Die Angaben auf der Zustellungsurkunde sind durch die durch den Einzelrichter am 9. September 2019 telefonisch bei der Aufnahmeeinrichtung eingeholten Auskünfte entkräftet: Frau ..., Mitarbeiterin der Verwaltung der Aufnahmeeinrichtung, konnte im Einzelnen darlegen, dass im Dezember 2018 lediglich am 13. Dezember 2018 ein Posteingang des LAF erfasst worden sei. Im Januar 2019 sei für die Antragstellerin keinerlei Posteingang verzeichnet; im Februar 2019 lediglich.... Sie erläuterte, dass die Posteingänge sämtlich elektronisch erfasst würden und die Postausgabe gegen Unterschrift des Bewohners erfolge. Sie gab ferner an, in der Vergangenheit sei die Einrichtung von neueren Zustellern manchmal nicht gefunden worden. Eine etwaige Unfähigkeit von Zustellern, überhaupt eine Anschrift in ihrem Zustellbereich zu finden, geht nicht zu Lasten der Antragstellerin. Es bestehen keine Anhaltspunkte an den Angaben der Aufnahmeeinrichtung zu zweifeln. Dem steht nur die mangelhafte Zustellungsurkunde gegenüber. Damit ist die Bekanntgabe des Bescheides vom 20. Dezember 2018 frühestens am 24. Juli 2019 erfolgt.“

Damit war die Überstellungsfrist nach Art. 29 Abs. 2 Satz 1 Dublin-III-VO (sechs Monate) abgelaufen und die Bundesrepublik Deutschland hat das Asylverfahren durchzuführen.

Lars Möller, 61D

Aus der Anhörung: Weibliche Genitalbeschneidung (FGM) in kurdischen Gebieten

Bei Anhörungen von Antragstellenden aus dem Irak denken viele zuerst an Verfolgungen aufgrund der Religion oder wegen Bedrohung durch einen innerstaatlich, bewaffneten Konflikt. Das ist auch oftmals richtig. Jedoch sollte gerade in kurdischen Gebieten ein besonderes Augenmerk auf die weibliche Genitalbeschneidung (FGM) gelegt werden.

Bei einem Großteil der kurdischen Bevölkerung ist die weibliche Genitalbeschneidung (FGM) kein Thema und die Eltern sprechen sich zumeist stark dagegen aus. Allerdings ist aus

den Anhörungen auch zu entnehmen, dass die Antragstellenden sehr wohl wissen, dass diese Praktik in Teilen der Autonomen Region Kurdistan durchgeführt wird.

Die wenigen Daten zur Prävalenz von FGM im Irak zeigen, dass sowohl auf Seiten der Regierung als auch auf Seiten der Gesellschaft oftmals nur geringes Wissen über dieses Thema vorhanden ist. Mehrere kleinere Studien verdeutlichen jedoch, dass FGM vor allem in der Region Nordirak und Kurdistan praktiziert wird. Nach UNICEF Angaben aus dem Jahr 2018 liegt allein in dieser Region des Landes die Prävalenzrate von FGM bei 38%; in allen übrigen Regionen dagegen bei unter 1%. Eine von der deutschen Hilfsorganisation WADI e.V. 2012 veröffentlichte Studie deutet darauf hin, dass FGM sämtliche soziodemografische Grenzen durchbricht und ungeachtet von Ethnie, Religion – auch wenn diese überwiegend als Grund genannt wird und sogar in der sunnitischen und schiitischen Community im Irak als eine religiöse Pflicht gilt – oder geografischem Wohnsitz weit verbreitet ist. Am häufigsten wird FGM in der kurdischen Community praktiziert, gefolgt von den Arabern und den Turkmenen. Es gibt auch Fälle in nicht-muslimischen Gemeinschaften, vor allem in der sogenannten Yaresan Community.

27% der Verstümmelungen werden vor dem 4. Lebensjahr durchgeführt, 40% zwischen dem 5. und 9., 6% zwischen dem 10. und 14. und nochmals 1% nach dem 15. Lebensjahr, dennoch wissen 19% der 15 bis 49-jährigen Mädchen und Frauen, die einer FGM unterzogen wurden, nicht wie alt sie bei ihrer „Beschneidung“ waren.

Die Durchführung erfolgt zudem zu 29% von traditionellen Beschneiderinnen und zu 14% von ausgebildetem Gesundheitspersonal. Die Folgen der FGM sind schwerwiegend: So kann es zu starken Blutungen kommen. Der resultierende Blutverlust kann tödlich enden. Durch die Benutzung verunreinigter Instrumente und mangelhafter Wundversorgung kann es zu Infektionen im Genitalbereich kommen, die wiederum ebenfalls zum Tod führen können.

Bereits 2011 wurde FGM als Form der häuslichen Gewalt in der autonomen Region Kurdistan unter Strafe gestellt. Dennoch fehlt es bislang an einem nationalen Verbot von FGM in ganz Irak. 2013 wurde dem irakischen Parlament in Bagdad erstmals ein Anti-FGM-Gesetzesentwurf vorgelegt. Der Widerstand für ein solches Verbot ist groß, auch wenn die Zustimmung einer solchen Praxis stetig sinkt. So waren 2011 noch 88% der 15 bis 49-jährigen betroffenen Mädchen und Frauen der Ansicht, das FGM aufhören müsse, wohinge-

gen 2016% bereits 94% diese Ansicht vertraten. Seit einigen Jahren betreibt die Nichtregierungsorganisation WADI e.V. Aufklärungs- und Lobbyarbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, wodurch im Nordirak die FGM-Raten stark gesunken sind und auch in Erbil, der Region mit der höchsten Prävalenz von FGM, die Beschneidungsrate deutlich zurückging.

Weitere umfangreiche Hintergrundinformationen zur Thematik sind unter der Fußnote 1 angegeben.¹

Marco Ostendorf, 53F

1 <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/weibliche-genitalverstummelung/allgemeine-informationen/fgm-in-asien/1554-irak> ; http://data.unicef.org/wp-content/uploads/country_profiles/Iraq/FGMC_IRQ.pdf ; <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/weibliche-genitalverstummelung/aktuelles/1520-weibliche-genitalverstummelung-in-suedostasien-und-im-mittleren-osten-konferenzbericht-second-conference-on-fgm-in-the-middle-east-and-asia> ; <http://www.stopfgmmideast.org/countries/iraq/> ; http://www.stopfgmkurdistan.org/html/english/fgm_study2.htm ; http://www.stopfgmkurdistan.org/html/english/fgm_study.htm ; http://en.wadi-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=70&Itemid=18 ; http://www.stopfgmkurdistan.org/html/english/fgm_e.htm#mape ; <http://www.biomedcentral.com/1471-2458/13/809/abstract> ; <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03630242.2013.815681#.Ui1r4bzLKtd> ; <https://www.orchidproject.org/about-fgc/where-does-fgc-happen/iraq/> .

Aus der Rechtsprechung

Unzulässige Asylanträge von Kindern von in anderen Mitgliedstaaten schutzberechtigten Eltern: Bundesamt zieht vor das Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesamt hat gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Schleswig-Holstein (OVG) vom 07.11.2019¹ Revision eingelegt nachdem dieses entschieden hat, dass Asylanträge in Deutschland geborener Kinder von in einem EU-Staat international schutzberechtigten Eltern weder gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 1a) AsylG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 Dublin-III-VO noch gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG unzulässig sind.

1 OVG Schleswig, Urteil. vom 07.11.2019 - 1 LB 5/19.

Nach Auffassung des Bundesamts ist in solchen Konstellationen der Asylantrag des nachgeborenen Kindes gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 1a) AsylG unzulässig. Da das Gesetz keine Regelung für diesen Fall vorgesehen habe, müsse von einer planwidrigen Regelungslücke ausgegangen werden und die Norm des Art. 20 Abs. 3 Satz 2 Dublin-III-VO zumindest analog angewendet werden.

Diese Rechtsfrage liegt nun dem Bundesverwaltungsgericht zur Entscheidung vor.

Unterstützung findet das Bundesamt durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg²: Zwar spreche der Wortlaut des Art. 20 Abs. 3 Satz 1 der Dublin III-VO nur von Kindern, die „nach der Ankunft des Antragstellers im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten geboren werden“ und die Eltern seien mittlerweile in einem Mitgliedstaat anerkannt und keine Antragsteller mehr, jedoch sei unstrittig, dass die Eltern ehemals Antragsteller gewesen seien. Im Lichte von Art. 9 und 10 Dublin III-VO liege allerdings nahe, dass der Verordnungsgeber die Problematik der nach Schutzgewährung im Dublinraum im Familienverbund geborenen Kinder übersehen habe und die Norm des Art. 20 Abs. 3 Satz 2 Dublin III-VO daher analog anzuwenden sei.

Auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof³ kommt zu dem Ergebnis, dass die Asylanträge von nachgeborenen Kindern in einem anderen Mitgliedstaat schutzberechtigter Eltern unzulässig sind. Die Unzulässigkeit des Antrags stützt er allerdings auf eine analoge Anwendung des § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG. Dies begründet er damit, dass es dem Grundgedanken des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, wonach ein „forum shopping“ der Drittstaatsangehörigen zu unterbinden sei zuwiderlaufe, wenn mit dem Asylantrag eines minderjährigen Kindes, das in Deutschland geboren sei, anders zu verfahren wäre als mit dem Asylantrag der Eltern, die in einem anderen Mitgliedstaat bereits internationalen Schutz erhalten hätten.

Auch das Sächsische OVG⁴ sieht in dieser Konstellation eine Unzulässigkeit des Asylantrags, lässt jedoch offen, ob sich diese aus Art. 29 Abs. 1 Nr. 1a oder aus Art. 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG ergibt.

2 VGH Mannheim, Beschluss vom 14.03.2018 - A 4 S 544/18; ebenso: OVG Lüneburg, Beschluss vom 26.02.2019 - 10 LA 281/18; OVG Saarlouis, Beschluss vom 22.11.2019 - 2 A 322/19.

3 VGH München, Beschluss vom 22.11.2018 - 21 ZB 18.32867.

4 OVG Bautzen, Beschluss vom 05.08.2019 - 5 A 593/19.

Vor dem OVG Nordrhein-Westfalen⁵ ist zu dieser Thematik derzeit noch ein Berufungsverfahren anhängig.

Andere obergerichtliche Rechtsprechung zu dieser Problematik liegt derzeit noch nicht vor.

Die Klärung dieser Rechtsfrage hat hohe praktische Relevanz. Würde das Bundesverwaltungsgericht sich der Ansicht des OVG Schleswig anschließen, wäre im Falle der Schutz-zuerkennung für das Kind zu prüfen, ob die Eltern über § 26 AsylG ebenfalls Schutz vermittelt bekämen, obwohl sie bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz erhalten haben. Zu dieser Frage ist ebenfalls ein Revisionsverfahren anhängig.⁶

Alexander Horlamus, 61D

5 OVG Münster - 11 A 789/19.A.

6 BVerwG 1 - C 33.19 und 1 C 8.19; siehe auch Entscheiderbrief Ausgabe 08/2019, S. 4.

Altfälle: EuGH verhandelt über die Folgen einer Unzulässigkeitsablehnung bei unterbliebener Anhörung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) verhandelt am 15.01.2020 aus Anlass eines Altfalles nach §§ 26a und 34a AsylG a.F. über die Folgen einer Ablehnung eines Asylantrags als unzulässig nach nicht erfolgter Anhörung des Antragstellers.¹

Der EuGH hat nun darüber zu befinden, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Unionsrecht der nationalen Regelung des § 46 VwVfG entgegensteht, wonach dann kein durchgreifender Verfahrensverstoß vorliegt, wenn die unterbliebene Anhörung im Gerichtsverfahren nachgeholt wurde.

Praktisch stellt sich diese Frage nach Neuregelung in § 29 AsylG nur noch in Ausnahmefällen und hat regelmäßig keine Auswirkung auf nach dem 06.08.2016 ergangene Entscheidungen des Bundesamts.

Alexander Horlamus, 61D

1 EuGH - C-517/17 „Addis“.

VGH Baden-Württemberg: Kabul, Herat und Mazar-e Sharif bieten nichtvulnerablen afghanischen Rückkehrern zumutbaren Schutz i.S.d. § 3e AsylG.

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 29.10.2019¹ die Berufung eines afghanischen Klägers, der geltend machte, in Afghanistan drohe ihm durch Angehörige seines Stammes der Tod wegen vorehelichen Geschlechtsverkehrs, zurückgewiesen. Das Gericht kam zu der Entscheidung, dass Kabul, Herat und Mazar-e Sharif afghanischen Rückkehrern grundsätzlich zumutbaren Schutz i.S.d. § 3e AsylG bieten, wenn ihnen Verfolgung durch nicht-staatliche Akteure droht, soweit nicht die Betroffenen im Einzelfall eine erhöhte Vulnerabilität aufweisen.

Insofern hat der 11. Senat seine bisherige Rechtsprechung bestätigt und schließt sich im Ergebnis auch den Entscheidungen anderer Obergerichte an.²

Zur Begründung verweist der Senat darauf, dass alleinstehende und leistungsfähige Männer ohne Beeinträchtigungen in diesen drei Städten eine Arbeit finden und damit ein Obdach, Nahrungsmittel und ihre sonstige Grundversorgung finanzieren könnten. Zwar sei es für Rückkehrer schwierig an Arbeit zu kommen, jedoch lägen bei diesem Personenkreis ausreichend begünstigende Faktoren vor, auch ohne Netzwerk nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit existentiell bedroht zu werden. Zudem sei die Wahrscheinlichkeit Opfer von willkürlicher Gewalt zu werden nicht beachtlich wahrscheinlich.

Der Hessische VGH,³ sowie das OVG des Saarlandes⁴ hingegen gehen nicht vom grundsätzlichen Vorhandensein interner Schutzmöglichkeiten aus, sondern fordern im jeweiligen Einzelfall eine vertiefte individuelle Prüfung.

Folgen für die Praxis des Bundesamtes:

In seiner Entscheidung stellt der VGH Baden-Württemberg ausgiebig die Lebenssituation von Rückkehrern in diesen drei Städten dar und bestätigt damit die Sichtweise des Bundesamtes, dass im Einzelfall interner Schutz möglich ist. Offen lässt der VGH jedoch die noch ungeklärte Frage, ob zurück-

1 VGH Mannheim, Urteil vom 29.10.2019 - Az.: A 11 S 1203.

2 Vgl. VGH München, Beschluss vom 03.09.2019 - 13a ZB 19.33043 -, juris, ebenso OVG Lüneburg, Beschluss vom 20.05.2019 - 9 LA 167/18; vgl. auch OVG Bautzen, Urteil vom 16.08.2019 - 1A 342/18.A -, juris; für Kabul ebenfalls OVG Münster, Beschluss 18.06.2019 - 13 A 3939/18.A;

3 VGH Kassel, Beschluss vom 26.03.2018 - 7 A 109/18.Z.A.

4 OVG Saarlouis, Beschluss vom 20.05.2019 - 2 A 194/19.

kehrende Paare ohne Kinder ebenfalls keiner Gefahr eines ernsthaften Schadens ausgesetzt wären.

Im Falle von Familien mit Kindern ist im Rahmen der Prüfung der Voraussetzungen von § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts⁵ jedenfalls stets davon auszugehen, dass eine im Bundesgebiet in familiärer Gemeinschaft lebende Kernfamilie (Eltern und minderjährige Kinder) im Familienverband in ihr Herkunftsland zurückkehrt. Dies gilt auch dann, wenn einzelnen Familienmitgliedern bereits bestandskräftig ein Schutzstatus zuerkannt oder für sie ein nationales Abschiebungsverbot festgestellt worden ist.

Alexander Horlamus, 61D

⁵ BVerwG 1. Senat, Urteil vom 04.07.2019 - 1 C 45/18.

EuGH: Schutz in anderem MS / Keine Ablehnung als unzulässig bei unmenschlichen oder erniedrigenden Bedingungen im zuerkennenden Mitgliedstaat

(EuGH, Beschluss v. 13.11.2019 - Rs. C-540/17 u.a. <5916485>, MIlO)

Gemäß Art. 4 GRC ist es einem Mitgliedstaat verboten, von der durch die Verfahrensrichtlinie eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen, einen Antrag auf internationalen Schutz eines in einem anderen Mitgliedstaat anerkannten Flüchtlings als unzulässig abzulehnen, wenn ihn die Lebensverhältnisse, die er in diesem Mitgliedstaat als anerkannter Flüchtling zu erwarten hätte, der ernsthaften Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung aussetzen würden.

Nach der ganz überwiegenden deutschen Rechtsprechung konnte in diesen Fällen der Asylantrag als unzulässig abgelehnt werden. Es war lediglich in Bezug auf den Mitgliedstaat ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 AufenthG festzustellen. Dieser Ansicht folgt der Europäische Gerichtshof nicht.

Der Umstand, dass nationales Recht es verbiete, einen Antragsteller in den Mitgliedstaat abzuschieben, der internationalen Schutz gewährt habe, falls der Antragsteller dort Gefahr liefe, eine gegen Art. 4 GRC verstoßende Behandlung

zu erfahren, und das nationale Recht die Ausstellung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis und die zumindest teilweise oder vorläufige Gewährung von Rechten und Vorteilen zur Deckung der Grundbedürfnisse vorsehe, könne keine andere Auslegung rechtfertigen (Beschluss v. 13.11.2019, a. O., Rn. 35 und 41 f.).

Allerdings hat der Europäische Gerichtshof zugleich bekräftigt, dass die mit der „Ibrahim-Entscheidung“ (U. v. 19.03.2019 - Rs. C-297/17 u. a.) gesetzten hohen Maßstäbe weiterhin Bestand haben. Nach der „Ibrahim-Entscheidung“ verstoßen nur solche systemische oder allgemeine oder aber bestimmte Personengruppen betreffende Schwachstellen gegen das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, wenn sie eine „besonders hohe Schwelle der Erheblichkeit“ erreichen. Diese Schwelle wäre erreicht, wenn die Gleichgültigkeit der Behörden eines Mitgliedstaates zur Folge hätte, dass eine vollständig von öffentlicher Unterstützung abhängige Person sich unabhängig von ihrem Willen und ihren persönlichen Entscheidungen in einer „Situation extremer materieller Not“ befände, die es ihr nicht erlaube, ihre elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen, wie insbesondere sich zu ernähren, sich zu waschen und eine Unterkunft zu finden, und die ihre physische oder psychische Gesundheit beeinträchtigte oder sie einen Zustand der Verelendung versetzte, der mit der Menschenwürde unvereinbar wäre (EuGH, U. v. 19.03.2019 - Rs. C-297/17 u. a., Rn. 90 f.).

Auswirkungen auf die Praxis des Bundesamtes:

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang Drittstaatsangehörige, die bislang wegen der bereits in einem anderen Mitgliedstaat erreichten Schutzzuerkennung erfolglos einen weiteren Asylantrag gestellt hatten, unter Bezug auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes nun einen Folgeantrag stellen werden. Relevant dürften insoweit vor allem Fälle der Schutzzuerkennung in Griechenland und Bulgarien sein. Weitere Folgeanträge liegen bezogen auf Italien, Rumänien und Ungarn nahe, wobei bei den beiden zuletzt genannten Mitgliedstaaten von einer eher geringeren Fallzahl auszugehen ist.

EU-Partnerbehörde: Schweiz – Staatssekretariat für Migration (SEM)

In der Schweiz regelt das Staatssekretariat für Migration (SEM), eine dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) untergeordnete Behörde, unter welchen Bedingungen jemand in die Schweiz einreisen, dort leben und arbeiten darf. Das Aufgabenspektrum ist dementsprechend weit gefächert und reicht von Asyl/Schutz vor Verfolgung über Integration, Migration und Einbürgerung bis hin zur Rückkehrhilfe. Diese Aufgaben werden in fünf Abteilungen, darunter eine Abteilung „Asyl“, sowie in fünf Stabsstellen, darunter eine Stelle „Bundesasylzentren“ wahrgenommen. Bei legaler Einreise nehmen zunächst die Grenzposten oder die Grenzkontrolle an einem Flughafen der Schweiz Asylgesuche schriftlich oder mündlich entgegen. Anschließend und innerhalb von 72 Stunden werden die Asylsuchenden einem sog. Bundesasylzentrum zugewiesen. Personen, die illegal eingereist sind, melden sich in der Regel direkt bei einem Bundesasylzentrum, um einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen. Seit dem 1. März 2019 und dem Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes werden Asylverfahren in der Schweiz dezentralisiert in sechs Asylregionen durchgeführt.¹ Hierzu gibt es jeweils immer ein Bundesasylzentrum mit Verfahrensfunktion (BAZmV) und mind. 350 Schlafplätzen sowie mind. ein Bundesasylzentrum ohne Verfahrensfunktion (BAZoV) mit mind. 250 Schlafplätzen. Insgesamt stehen 5.000 Schlafplätze in erstinstanzlicher Prüfung zur Verfügung. Das Asylverfahren im BAZmV beginnt mit einer Vorbereitungsphase von zehn bis zu max. 21 Arbeitstagen, während der Vorabklärungen, die zur Durchführung des eigentlichen Verfahrens notwendig sind, stattfinden. Dazu gehören zum einen die erkennungsdienstliche Behandlung und der Abgleich mit der Datenbank EURODAC sowie ein Dublin-Gespräch. Wird in diesem Rahmen festgestellt, dass ein anderer EU-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist (Dublin-Verfahren), wird das Verfahren innerhalb von zehn Arbeitstagen abgeschlossen und die Überstellung der Person durch das SEM vorbereitet. Zum anderen findet in der Vorbereitungsphase eine erste Befragung zur Person, wie Identität, Herkunft, Reiseweg und Asylgründe, statt und es werden Dokumente überprüft, eine Rechtsvertretung bestellt sowie zu Rückkehrhilfen und -möglichkeiten

beraten.² Auf der Basis aller Informationen entscheidet das SEM schließlich, ob ein Asylverfahren eingeleitet wird. Es handelt sich dabei um eine rein formelle Entscheidung darüber, ob das Asylgesuch begründet ist. Bei einer negativen Entscheidung fertigt das SEM einen sog. Nichteintretensentscheid (NEE) und bereitet die Rückführung vor.

Der Vorbereitungsphase folgt das eigentliche Verfahren, welches nach der Asylrevision im März 2019 als beschleunigtes Verfahren bezeichnet wird, da es inklusive des Beschwerdeverfahrens innerhalb von 100 Arbeitstagen abgeschlossen sein muss.³ Im beschleunigten Verfahren können die Antragstellenden im Rahmen einer Anhörung ihre Fluchtgründe detailliert schildern und den Behörden Beweismittel in Anwesenheit einer kostenlosen Rechtsvertretung übergeben. Bei einer positiven Entscheidung werden die Antragstellenden einem Kanton zugewiesen, der die Unterbringung, Versorgung und Integration gewährleistet. Zur Entlastung der Kantone übernimmt das SEM seit März 2019 die Rückführung abgelehnter Antragstellender.

Sind nach der Anhörung zu den Asylgründen zusätzliche Abklärungen notwendig, die die 100-Tage-Frist überschreiten, wird ein erweitertes Asylverfahren in die Wege geleitet. Auch in diesem Fall werden die Betroffenen bereits vor der endgültigen Entscheidung über ihren Asylantrag einem Kanton zugewiesen. Der Kanton ist schließlich auch für die Integration oder die Rückführung in das Herkunftsland verantwortlich. Das erweiterte Verfahren inklusive des Beschwerdeverfahrens sollte nicht länger als ein Jahr dauern.⁴

Gegen einen negativen Bescheid können die Antragstellenden beim Bundesverwaltungsgericht als zweite und letzte Instanz Beschwerde einreichen. Die Beschwerdefrist beträgt im Dublin-Verfahren fünf und im beschleunigten Verfahren sieben Arbeitstage sowie 30 Kalendertage im erweiterten Verfahren. Die Zahl von Asylanträgen hat auch in der Schweiz seit 2016 kontinuierlich abgenommen. So waren es im gesamten letzten Jahr 15.255 Anträge im Vergleich zu 18.088 im Jahr 2017 und 25.820 im Jahr 2016. Das SEM hat im Jahr 2018 über 26.103 Anträge entschieden (Vorjahr: 27.221) und konnte die Zahl der anhängigen Verfahren von 20.503 auf 11.594 reduzieren.⁵ Insgesamt 6.358 Personen erhielten eine Asylanerkennung und 8.568 Personen einen subsidiären Schutz. Das entspricht einer globalen Schutzquote von

1 Regionen Westschweiz, Nordwestschweiz, Bern, Zürich, Tessin und Zentralschweiz, Ostschweiz.

2 SEM (Oktober 2018): Faktenblatt zur Neustrukturierung Asyl: 3. Regionen und Bundesasylzentren, S. 1.

3 Die erstinstanzliche Verfahrensdauer betrug im Jahr 2018 im Durchschnitt 466 Tage.

4 SEM (Oktober 2018): Faktenblatt zur Neustrukturierung Asyl: 2. Asylverfahren, S. 2.

5 Staatssekretariat für Migration (SEM) (April 2019): Migrationsbericht 2018, S. 7.

fast 60 %. Die Antragsteller kamen vorwiegend aus Eritrea (2.825), Syrien (1.393), Afghanistan (1.186), der Türkei (1.005) und Georgien (873). Dabei erhielten vor allem Flüchtlinge aus Eritrea und der Türkei eine Anerkennung auf internationalen Schutz, nämlich 61,7 % und 55 %. Inwieweit sich die Reform des Asylgesetzes auf die Antragszahlen und die Entscheidungen des SEM auswirkt, lässt sich für das Jahr 2019 aufgrund der kurzen Laufzeit schwer einschätzen. Zwar stellten bis Ende November 2019 nur noch 13.158 Personen einen Antrag auf internationalen Schutz (ggü. 14.230 im Vorjahreszeitraum, -7,6 %). Jedoch könnte dies auch auf den Trend der kontinuierlichen Abnahme der Antragszahlen in den letzten Jahren zurückzuführen sein. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des SEM unter www.sem.admin.ch.

Anke Eckardt, 62F

- Rechtsschutzmöglichkeiten für Asylsuchende bei einer Einreiseverweigerung nach einer Vorprüfung an der EU-Außengrenze, BT-Drs. 19/15583
- Sicherheitsüberprüfung von Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement und humanitärer Aufnahmeprogramme, BT-Drs. 19/15583

Informationen hierzu:
Informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörden
- Aus der Anhörung

Neues Layout für den Entscheiderbrief

Zeit für Neues: Ab Jahresbeginn passt sich das Entscheiderbrief-Layout dem Corporate Design-Richtlinien des Bundesamtes an und bleibt dennoch unverkennbar. Denn jede Neuerung muss zum besonderen Charakter des Entscheiderbriefes passen.

Wir hoffen, dass Ihnen das neue Entscheiderbrief-Layout gefallen wird.

Die Redaktion



Veröffentlichungen anderer

BTag:

- Migration: Fachkräfteeinwanderungsgesetz, BT-Drs-19/8285

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ISSN 1869-1803
Redaktion Entscheiderbrief
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
www.bamf.de
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 12/2019 - 20.12.2019

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
e-brief@bamf.bund.de
Download: www.bamf.bund.de > Infothek > Publikationen

Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats
(Änderung nach Bedarf)

Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.